

Kreienbaum, Christoph

Article — Digitized Version

Kyoto: Zögerliche Schritte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kreienbaum, Christoph (1997) : Kyoto: Zögerliche Schritte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 12, pp. 680-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137562>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eigentlich sollte in Kyoto der große Wurf in der Klimapolitik gelingen. So waren die EU-Vertreter mit dem ambitionierten Ziel angereist, die Emissionen wichtiger klimaschädlicher Treibhausgase in den Industrieländern bis zum Jahr 2010 deutlich unter das Niveau des Basisjahres 1990 zu reduzieren (-15%). Mit diesem Plan konnten sie sich auf der mittlerweile 3. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention jedoch nicht durchsetzen. Vor allem die Vereinigten Staaten und Japan widersetzten sich den ihrer Ansicht nach unrealistischen Vorstellungen und Zeitplänen der europäischen Klimapolitik und sprachen sich ihrerseits lediglich für eine Stabilisierung bzw. geringe Senkung der Emissionen aus. Der in zähen Verhandlungen ausgehandelte Kompromiß sieht nun einen differenzier-ten Ansatz vor: Die EU verpflichtete sich auf eine 8%ige, die USA auf eine 7%ige und Japan auf eine 6%ige Reduktion.

Für einen internationalen Gleichschritt auf einem höheren Niveau in der Klimapolitik waren die Interessen der Verhandlungspartner zu unterschiedlich. Den EU-Ländern, in denen die Wähler und damit auch die Politiker die Gefahren eines Klimaschadens wohl höher einschätzen und für eine globale Verantwortung der Industrieländer besonders sensibel sind, standen die anderen Industrieländer gegenüber, in denen die wirtschaftlichen Interessen wesentlich stärker Berücksichtigung finden. So mußten beispielsweise die US-Vertreter offensichtlich der besonders starken heimischen Energielobby Tribut zollen, an der schon vor Jahren die Energiesteuerpläne der Clinton-Administration gescheitert waren, während in Japan vor allem das Miti mit der Warnung vor sinkender internationaler Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie in der Vorbe-



Christoph Kreienbaum

Kyoto: Zögerliche Schritte

reitungsphase massiven Einfluß auf die Verhandlungsposition nahm.

Enttäuschen mag der ausgehandelte Kompromiß in verschiedener Hinsicht: Zum einen steht er in einem deutlichen Widerspruch zu dem von wissenschaftlicher Seite geforderten Reduktionsfahrplan, wie ihn beispielsweise der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen in seinem Kyoto-Sondergutachten aufgestellt hat (-23% bis zum Jahr 2010). Zum anderen enthält er weder konkrete Einzelverpflichtungen, geschweige denn Sanktionsmöglichkeiten bei einer etwaigen Nichterfüllung, was zumindest Zweifel aufkommen läßt, ob dieser Kompromiß auch tatsächlich umgesetzt wird. So stellt sich z.B. die Frage, ob die USA angesichts der zu erwartenden Widerstände im Senat den Vertrag auch ratifizieren werden. Und schließlich kann wohl keiner ernsthaft erwarten, daß sich die Entwicklungsländer, auf die derzeit nur ein Bruchteil der Emissionen entfällt, mit eigenen Klimaschutzzielen in die globale Verantwortung einbeziehen lassen, solange sich die Industrieländer nicht auf eine deutlichere Reduktion der Treibhausgasemissionen einigen können.

Die Entwicklungsländer kritisierten zudem vehement den im Protokoll vorgesehenen Handel mit Emissionsrechten unter den Vertragsstaaten, weil er die Verpflichtungen der Industrieländer weiter abschwäche. Für einen Handel mit Emissionen spricht aber, daß es aus ökologischer Sicht keine Rolle spielt, in welchem Land Treibhausgasemissionen vermieden werden, und daß beispielsweise eine CO₂-Verminderung in den Industrieländern aufgrund ihrer vergleichsweise effizienten industriellen Energienutzung kostspieliger als in anderen Ländern ist. Die durch den Emissionshandel zu erwartenden Kosteneinsparungen und der hierdurch induzierte Technologietransfer in Schwellen- und Entwicklungsländer dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es global einer Trendwende und daher neuer umweltschonenderer Technologien insbesondere in der Energieerzeugung und -verwendung bedarf. Die Erforschung und Entdeckung neuen technischen Wissens erfolgt im allgemeinen in den Industrieländern. Soll der Handel mit Emissionsrechten nicht nur einen aus ökologischer Sicht bedenklichen Anpassungsaufschub bringen, müssen also in den Industrieländern weitere und entschlossenerere klimapolitische Anstrengungen erfolgen.

Als positives Ergebnis der Kyoto-Konferenz bleibt indes festzuhalten, daß die EU ihrer Schrittmacherrolle in der Klimapolitik zumindest teilweise gerecht wurde, indem sie mit ihrer ambitionierten Verhandlungsposition die übrigen Industrieländer zur Aufgabe ihrer starren Blockadehaltung veranlaßte. Das im Vergleich zu den anderen führenden Industrieländern höhere Reduktionsziel, das die Union nun verfolgen muß, ist als Preis dafür anzusehen, daß die Staatengemeinschaft zumindest diesen Minimalkompromiß zustande gebracht hat.